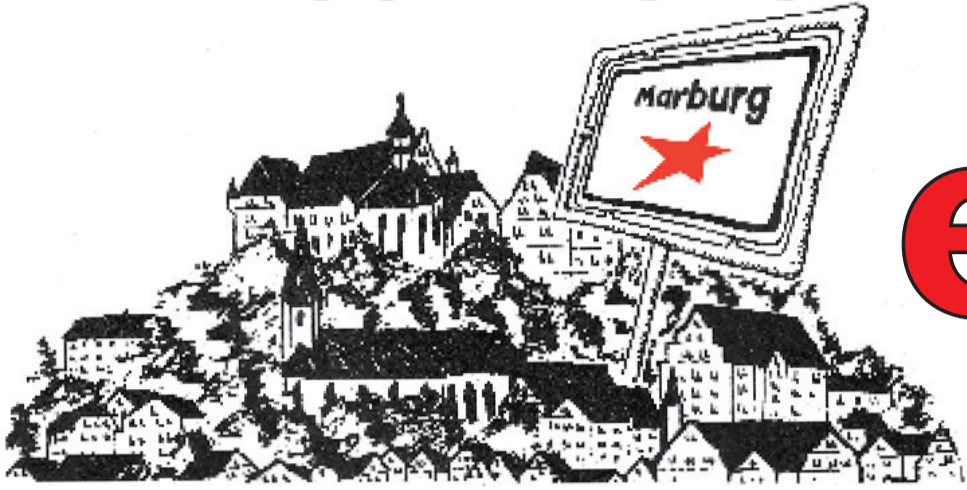


marburger echo



Zeitung der DKP Marburg

Mai 2013

DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI

#20

Allerdings, das wollen wir!

Wieder einmal geht ein Gespenst um. Was seit Jahren nicht nur in Marburg, aber eben auch hier zu beobachten ist, ist das Gegenteil von sozialer Verantwortung: Geld regiert die Welt und auch die Stadt. Wir sehen es am Einfluss des Ehrenbürgers Dr. Reinfried Pohl.

Die Eigentumsfrage wird selbstverständlich ausführlich im kommunistischen Manifest erläutert. Darin heißt es: „Ihr entsetzt euch darüber, daß wir das Privateigentum aufheben wollen. Aber in eurer bestehenden Gesellschaft ist das Privateigentum für neun Zehntel ihrer Mitglieder aufgehoben; es existiert gerade dadurch, daß es für neun Zehntel nicht existiert. Ihr werft uns also vor, daß wir ein Eigentum aufheben wollen, welches die Eigentumslosigkeit der ungeheuren Mehrzahl der Gesellschaft als notwendige Bedingung voraussetzt. Ihr werft uns mit einem Worte vor, daß wir euer Eigentum aufheben wollen. Allerdings, das wollen wir.“ Auch unser Grundgesetz widmet sich der Eigentumsfrage. In Artikel 14 heißt es: „(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit

dienen. (3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. [...]“

Wie darf man Artikel 14 verstehen? Hier stellt das Grundgesetz auf die soziale Verantwortung des Privateigentums ab. Es wurde damals im Geist der Verantwortung aller im Staat lebenden Menschen für die Gemeinschaft im Grundgesetz festgeschrieben. Leider ist dieser Gedanke verlorengegangen. Artikel 14 findet de facto keine Anwendung mehr. Wäre es anders, dann würden z.B. Wohnhäuser nicht leer stehen oder für den Neubau von Bürohäusern abgerissen werden. Sie würden stattdessen instand gehalten, und die Mieten wären dem Einkommen der Bevölkerung angepasst. Dazu gehört auch, dass Firmen Arbeitsplätze sichern, keine Entlassungen vornehmen, nur weil der Gewinn nicht so hoch ist wie im Vorjahr, dass vernünftig gewirtschaftet wird, keine unverhältnismäßig hohe Managergehälter bezahlt werden, dass Firmen selbst soziales Engagement zeigen, wie z.B. bei der Betriebsrente, dem Betriebssport, günstigen Mitarbeiterwohnungen, etc. Tatsächlich tritt jedoch immer deutlicher



die ausschließliche Gewinnorientierung in den Vordergrund, Mietwohnungen sind Renditeobjekte, Firmen geraten zum Spielball weltweit agierender Global Player...

Selbst wenn jemand die bestehende Eigentumsordnung akzeptieren sollte – muss dann die soziale Verantwortung der Reichen in ihr Belieben gestellt und auf ihre Benefizauftritte beschränkt werden, bei denen sie großzügig für soziale Einrichtungen spenden? Immer mehr wandelt sich in Deutschland die Auffassung dahingehend, dass es ausreicht, wenn die Menschen mit mehr Einkommen sich gerade mal so,

wie sie es für richtig halten, mit Spenden beteiligen, um das ungleiche Verhältnis von Arm und Reich nicht etwa aufzuheben, sondern zu beschönigen. Das ist eine Wellnesskur für die edlen Spender, die als Wohltäter gefeiert werden. Dann fragt vielleicht auch niemand mehr, wie die Ungleichheit in die Welt kommt. Bis heute ist nicht geklärt, welche Rolle Reinfried Pohl in Helmut Kohls Spendenskandal von 1999 spielte. Und der Magistrat der Universitätsstadt Marburg hat gar nicht erst danach gefragt, als er ihm 2006 die Ehrenbürgerwürde antrug.

Tanja Bauder-Wöhr

Am 1. Mai die NPD in Frankfurt friedlich und entschlossen blockieren!

Für den 1. Mai ruft die NPD alle „aufrechten Deutschen“ dazu auf, in Frankfurt ein „machtvolles Zeichen gegen das Großkapital“ zu setzen. Rund 500 Teilnehmer will die NPD bundesweit mobilisieren, um vor der Europäischen Zentralbank (EZB) unter dem Motto „Raus aus dem Euro – gegen Euro und Großkapital“ zu demonstrieren.

Die Faschisten wollen damit an Stimmungen und Protestpotential in der Bevölkerung anknüpfen, um sie nationalistisch zu wenden. Etwa, indem sie am Mythos des „Zahlmeisters Deutschland“ in der Euro-Krise ansetzen. Damit ist die NPD durchaus kompatibel mit Ex-BDI-Chef Hans-Olaf Henkel („Deutschland wird ausverkauft!“), Ex-Thyssen Vorstandsvorsitzendem Die-

ter Spethmann („Deutschland verschenkt seinen Wohlstand“) und Thilo Sarrazin („Schulden- und Haftungsgemeinschaft auf deutsche Kosten“). Diese Leute vertreten die Interessen des europa-skeptischen Teils der exportorientierten deutschen Industrie, die nach dem Motto verfährt: „Unser Markt ist die Welt“. Und so liest es sich auch bei der NPD: „Deutschland könnte zum Kristallisationskern einer neuen Währungsordnung werden. Für die weitere Zukunft ist eine währungspolitische Kooperation mit Ländern, die ebenfalls über eine ausgeprägte Stabilitätskultur und Wirtschaftskraft verfügen (...), denkbar. So könnte ein Europa freier Völker im Wettbewerb der Großräume mit den Vereinigten Staaten, China und Indien gestärkt werden“. Die gemeinsame

Leitlinie bürgerlicher Parteien und der NPD besteht also darin, die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Kapitals zu stärken. Im Unterschied zur NPD setzt die Bundesregierung jedoch weiter auf eine Stärkung der Europäischen Union: Denn Deutschland sei ein starkes Land in Europa, „in der Welt ist es aber nur mittelgroß, im Vergleich zu China und Indien ist es klein“, argumentierte Außenminister Westerwelle im Frühjahr 2012. Demnach ist Deutschland der größte Gewinner der europäischen Integration, weil sie die einzig realistische Möglichkeit für das deutsche Kapital darstellt, wieder die Weltmärkte zu erobern. Wir rufen dazu auf, die NPD in Frankfurt friedlich und entschlossen zu blockieren. Zum Zeitpunkt unseres Redaktionsschlusses

hatte die Stadt Frankfurt die NPD-Demonstration verboten. Die NPD gab sich jedoch „sehr zuversichtlich, das Verbot der Stadt kippen zu können“.



IMPRESSUM

Herausgeber:

Deutsche Kommunistische Partei (DKP) Marburg & Assoziation Marxistischer StudentInnen (AMS) Marburg
www.marburger-echo.de
info@dkp-marburg.de
www.dkp-hessen.de
Auflage: 1.000

Im Übrigen...*

von Christian Mark

...ist das Halten von Drohnen zum Volkssport geworden. Es geht hier nicht um Bienenstöcke, sondern ferngesteuerte Flugobjekte. Sie gibt es in Bausatzform schon für fünfhundert Euro. Man kann die mit winzigen Kameras bestückten Hub-schrauberchen über dem Balkon des Nachbarn fliegen lassen, um sich heimlich dessen nackten Po anzuschauen.

Sind militärische Drohnen „ethisch neutral?“ Behaupten wir spaßeshalber, eine Walther PPK sei „ethisch neutral“. Man könnte sie schließlich auch als Flaschenöffner verwenden. Jedoch werden die meisten gewaltsamen Tode auf der Welt durch Handfeuerwaffen und nicht durch Flaschenöffner verursacht.

Militärische Drohnen sind „ethisch neutral“, sagt der Militärminister Thomas de Maizière. Sie sollen „unsere Soldaten“, die am Hindukusch Deutschland verteidigen, beschützen, ohne dass ein Pilot sein Leben riskieren muss. Waffensysteme sind niemals „ethisch neutral“. Eine von einer Drohne aus abgeschossene Rakete, die eine Hochzeitsgesellschaft auslöscht, wie in Pakistan geschehen, ist nicht ethisch neutral. Militärische Drohnen sind Massenvernichtungswaffen.

Herr Dr. de Maizière, wenn Sie unsere Soldaten wirklich schützen wollen, holen Sie sie wieder nach Hause und geben Sie ihnen einen anständigen Job.

Eine „Predator“-Drohne kostet 3,8 Millionen €.

Kindergärten statt Drohnen!



*Im Übrigen bin ich der Meinung, daß dieser Staat zerstört werden muß.
(Rosa Luxemburg)

DKP

Unions-Broschüre der SDAJ

Die SDAJ-Gruppe Gießen/Marburg beschäftigt sich in ihrer neuen Broschüre näher mit den Unionsparteien und ihrer Jugendorganisationen in Hessen. Grund dafür waren die abgeschmackten Forderungen von Schülerunion und Junge Union, trotz wachsender neofaschistischer Umtriebe in der Region und der Verwicklung von Geheimdienst und rechtem Terror im NSU-Skandal die Gefahr eines vermeintlichen „Links-extremismus“ zu fokussieren. Die Broschüre hebt dabei auf 52 Seiten hervor, dass die Unionsorganisationen selbst Nähen zu neofaschistischen Parteien aufweisen und anti-demokratische Tendenzen unter Jugendlichen fördert. Informationen und Bestellung: sdaj-giessenmarburg@gmx.de



FRAGEN EINES LESENDEN ARBEITERS

Wer baute das siebentorige Theben? In den Büchern stehen die Namen von Königen. Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt? Und das mehrmals zerstörte Babylon, Wer baute es so viele Male auf? In welchen Häusern des goldstrahlenden Lima wohnten die Bauleute? Wohin gingen an dem Abend, wo die chinesische Mauer fertig war, die Maurer? Das große Rom ist voll von Triumphbögen. Über wen Triumphierten die Cäsaren? Hatte das vielbesungene Byzanz nur Paläste für seine Bewohner? Selbst in dem sagenhaften Atlantis brüllten doch in der Nacht, wo das Meer es verschlang, die Ersauenden nach ihren Sklaven. Der junge Alexander eroberte Indien. Er allein? Cäsar schlug die Gallier. Hatte er wenigstens einen Koch bei sich? Philipp von Spanien weinte, als seine Flotte untergegangen war. Weinte sonst niemand? Friedrich der Zweite siegte im Siebenjährigen Krieg. Wer siegte außer ihm? Jede Seite ein Sieg. Wer kochte den Siegesschmaus? Alle zehn Jahre ein großer Mann. Wer bezahlte die Spesen? So viele Berichte, So viele Fragen

Siebentoriges Marburg

„Wer baute das siebentorige Theben?“ So steht es in den „Fragen eines lesenden Arbeiters“ von Bertolt Bracht. Für Theben dürfte das inzwischen beantwortet sein: es waren die Sklaven. Wer aber hat in den vielen hundert Jahren Marburger Stadtgeschichte die Handarbeit geleistet? Wo war nicht nur oben, sondern auch unten? Auf diese Fragen sind Marburger Stadthistoriker(innen) bisher eher schmallippig eingegangen. Das hat sich jetzt geändert. Auf 169 Seiten einer Broschüre gehen acht Autor(inn)en und Fotograf(inn)en auf die materielle Geschichte Marburgs ein. Besonders wichtig: man kann das Ganze erwandern – auf sechs Stadtspaziergängen. Kaufen! Rosa-Luxemburg-Club (Hg.): Marburg rauf und runter. Stadtspaziergänge durch Geschichte und Gegenwart. Marburg 2013. 7 Euro.

UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP

UZ Woche für Woche antifaschistisch!



4 Wochen kostenlos probelesen

Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung „Unsere Zeit“ für 4 Wochen kostenlos. Das Probeabo endet automatisch.

Name: _____
 Vorname: _____
 Straße / Haus-Nr.: _____
 PLZ / Ort: _____
 Telefon: _____
 E-Mail-Adresse: _____

Sie erhalten die DKP-Zeitung UZ 4 Wochen kostenlos und unverbindlich. Das Abo endet automatisch.
Bestellung: CommiPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18
45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484 • vertrieb@unsere-zeit.de



Aktionärsrevolte

Georg Fülberth

Eine Volksabstimmung in der Schweiz entschied, dass in Zukunft die Aktionäre die Gehälter der Vorstände festsetzen sowie Antrittszahlungen und millio-nenschwere Abfindungen verboten werden. In Deutschland plant die Justizministerin eine Neufassung des Paragraphen 120 des Aktiengesetzes. Die Hauptversammlung soll über die Vergütung der Vorstände entscheiden.

Bisher lag diese Befugnis beim Aufsichtsrat. In diesem sitzen auch Arbeitnehmervertreter(innen). Die Aktionärsversammlung ist ausschließlich ein Organ der Kapitalseite. Seit dem Mannesmann-Prozess 2004 – 2006, in dem der ehemalige IG Metall-Vorsitzende Zwickel neben Josef Ackermann wegen einer sehr hohen Abfindung an den Vorsitzenden Esser auf der Anklagebank saß, wird es wohl kaum noch jemanden geben,

der die Kompetenzen des Aufsichtsrats bei der Gehaltsfindung verteidigen möchte. Aber es bleibt: die Übertragung der Gehaltsfestsetzung an die Hauptversammlung ist zunächst eine Stärkung der Aktionäre und nur dieser – also nicht zugleich der Belegschaften. Es könnte sogar sein, dass es sich um die zweite Etappe der so genannten Shareholder-Value-Revolution handelt, die vor etwa dreißig Jahren begonnen hatte.

Bis dahin gab es den Managerkapitalismus. Seine Zentrafigur war der Generaldirektor, der das Vermögen der Anteilseigner verwaltete und mehrte, indem er investierte und aus dem Unternehmen und dessen Beschäftigten möglichst viel Gewinn herausholte: durch Investitionen, Produktion und Verkauf von Waren. Mit dem Übergang in den finanzmarktgetriebenen Kapitalismus war nicht mehr letztere

interessant, sondern der Erlös aus dem Verkauf von Aktien, die zu einem spekulativ niedrigen Preis erworben und zu einem ebenfalls durch Spekulation veränderten, nämlich möglichst hohen Preis veräußert werden. Nicht Waren sollen in erster Linie verkauft werden, sondern Aktien, ja ganze Unternehmen. Triebkraft dieser Umwälzung waren die Anteilseigner. Die alten Bosse brachten ihnen zu wenig. Sie wurden ersetzt durch eher schlanke Windhunde: Fondsmanager. Diese waren es auch, denen die dankbaren Aktionäre (in Deutschland: deren Vertreter in den Aufsichtsräten, offensichtlich kaum einmal gehindert durch die Arbeitnehmer-Bank) horrende Boni zuerkannten.

Seit der Krise von 2007 ff. ist dieses Regime in Verruf geraten. Gegen die Fondsmanager richtet sich der Volkszorn.

Aber Vorsicht! Handelt es sich wirklich ausschließlich um den Zorn des Volkes? Bei den Börsen- und Bankencrashes haben Vermögende viel Geld verloren und damit Anlass, mit hoch bezahlten Vorständen unzufrieden zu sein. Deshalb erscheinen die Manager neuen Typs in ihren Augen plötzlich überbezahlt. Werden deren Boni und Gehälter gekürzt, landen sie nicht auf den Lohnkonten der Arbeiter(innen) und Angestellten, sondern entweder im Betriebsvermögen zwecks Investitionen oder in den Dividenden. Ersteres rentiert nur, wenn genügend Nachfrage nach den zusätzlich produzierten Waren besteht. Kurzfristig dürfte die neuerliche Aktionärsrevolte wohl auf eine Umverteilung innerhalb der Bourgeoisie hinauslaufen: was die Manager verlieren, gewinnen die Anteilseigner, denen der Volkszorn zuarbeitet.

AUSGEFRAGT

„Die breite Widerstandsfront zeigt Wirkung“



Herwig Selzer (DKP) ist Betriebsrats-Vorsitzender bei der Lebenshilfe Gießen e.V.

Im Gespräch mit Herwig Selzer*

Am 9. April haben in Wiesbaden 5.000 Erzieher/innen, Eltern und Kinder gegen ein geplantes Kinderförderungsgesetz (KiföG) der hessischen Landesregierung demonstriert. Wogegen richtet sich der Protest?

Er wendet sich gegen ein Spargesetz, das zum 1. Januar 2014 in Kraft treten soll und die Betreuungsqualität in den Kindertagesstätten enorm absenken würde. CDU und FDP planen, eine finanzielle Pauschale pro Kind einzuführen statt wie bislang pro Gruppe. Der Personalbedarf soll also künftig nach der Anzahl der Kinder ermittelt werden. Dies wiederum hätte zur Folge, dass nur diejenigen Kitas die maximale Förderung erhalten, die die Gruppen voll besetzen – also mit 25 Kindern. Eltern wie Erzieher/innen fürchten natürlich, dass Kita-Einrichtungen kleinere Gruppen zusammenlegen oder eingruppige Kitas vielleicht sogar schließen müssen, weil die gezahlten Pauschalen nicht für das finanzielle Überleben reichen

Dies würde ja bedeuten, dass es überhaupt keine Planungssicherheit mehr gibt?

Das wäre so - mit allen Konse-

quenzen, die man sich vorstellen kann. Die „kind-“, bezogene Berechnung des Betreuungsschlüssels würde bestehende Arbeitsplätze gefährden, befristete Arbeitsverträge wären für die Zukunft die Regel.

Welche Kritikpunkte gibt es noch?

Kinder mit Behinderung werden im KiföG nicht berücksichtigt, was bedeutet, dass die Reduzierung der Platzzahl in Gruppen mit Integrationsplätzen hohe finanzielle Einbußen für den Träger bedeutet. Ausfallzeiten der Erzieher/innen sind im KiföG zu gering angesetzt, Stunden für die Leitung einer Einrichtung sind gar nicht vorgesehen. Eine Verschlechterung des Betreuungsschlüssels in öffentlichen Einrichtungen spielt den privaten Kita-Betreibern in die Hände, die die Wünsche zahlungskräftiger Eltern besser erfüllen könnten. Am Ende besteht das Risiko, dass die frühkindliche Bildung zur Zweiklassengesellschaft wird.

Am 22. September sind in Hessen Landtagswahlen, parallel zu den Bundestagswahlen. Auf den ersten Blick wirkt es widersinnig, dass CDU und FDP ausgerechnet im Wahljahr einen Teil der Bevölkerung gegen sich aufbringen?

Noch vor einem halben Jahr hätte sich wohl niemand vorstellen können, dass in den Wochen und Monaten vor der entscheidenden Lesung im hessischen Landtag Ende April in vielen kleineren und größeren Städten Menschen auf die Straße gehen

würden, und zwar alle Betroffenen, angefangen bei den Eltern und Kindern bis hin zum Betreuungspersonal und Vertretern der Kita-Einrichtungen. Aber auch Gewerkschaften, Sozialverbände und Kommunen kritisieren das Gesetz heftig. Zum anderen darf man nicht vergessen, dass von August dieses Jahres an Eltern einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für unter Dreijährige haben, der zumindest so weit wie möglich erfüllt werden soll. Die von CDU und FDP angebotene „Lösung“, in weniger Gruppen mehr Kinder zu betreuen ist eine Reaktion auf die Versäumnisse der letzten Jahre. Trotz des Rechtsanspruchs gab es beispielsweise keine Ausbildungsoffensive für Erzieher. Studien zufolge fehlten allein in Hessen rund 3000 Erzieher/innen.

Die Landesregierung hat auf die Demo mit Zugeständnissen reagiert. Im Gesetz soll jetzt festgeschrieben werden, dass in einer Krippengruppe nicht mehr als zwölf Kinder aufgenommen werden dürfen. Im bisher vorliegenden Entwurf war von bis zu 16 Kindern die Rede?

Das ist richtig, nur stellt „das großzügige Entgegenkommen“ immer noch eine Verschlechterung dar, denn bisher darf von einer maximalen Gruppengröße von 8–10 Kindern ausgegangen werden.

Auch soll es nicht mehr die Option geben, bis zu 20% fachfremdes Personal als Ersatz für die Fachkräfte zu beschäftigen...

„Man lernt dazu“, hat Bouffier zu den Motiven für diese neue Position gesagt. Ohne den vielfäl-

tigen Protest, ohne die 120.000 Unterschriften wäre die im bisherigen Entwurf enthaltene massive Abwertung des Berufs der Erzieherin und des Erziehers natürlich stehen geblieben.

Wie geht es jetzt weiter?

Die breite Widerstandsfront gegen das geplante neue Gesetz hat Wirkung gezeigt. CDU und FDP hoffen weiterhin, mit kosmetischen Änderungen am Gesetz und einer einzigen substantiellen Neuerung – „kein fachfremdes Personal“ – ihr Hauptanliegen durchzusetzen, nämlich zu volleren Gruppen mit weniger Personal zu kommen. Der hessische Bildungs- und Erziehungsplan, der völlig zu Recht die besonders lernintensive Altersspanne von Null bis zehn Jahren in den Blick nimmt braucht das genaue Gegenteil, kleine(re) Gruppen mit mehr Personal. SPD, Grüne und Die Linke haben angekündigt, bei einem Regierungswechsel das KiföG zurück zu nehmen. Prima. Zumindest mittelfristig müssen sich aber die Bedingungen im Vergleich zu den aktuell gelten weiter verbessern!

1. Mai

Arbeit für alle.
 Löhne rauf.
 Rente mit 60.
 Alle Auszubildenden übernehmen.
 Kürzer arbeiten, bei vollem Lohnausgleich.

